

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit der Einbringung des aktuellen Doppelhaushalts am 26. Oktober 2021 hat sich die Welt wieder grundlegend verändert. Die Corona-Pandemie hat zwar ihren Schrecken verloren, die negativen Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und die weltweiten Lieferketten sind jedoch nach wie vor zu spüren. Erfreulicherweise ist die deutsche Wirtschaft bislang deutlich robuster als befürchtet, was sich letztendlich auch positiv auf den Arbeitsmarkt und die Steuereinnahmen auswirkt. Trotz der bekannten wirtschaftlichen Risiken und der finanziellen Herausforderungen – insbesondere hinsichtlich der Generalsanierung des Gymnasiums – können wir einigermaßen zuversichtlich auf das Haushaltsjahr 2023 blicken, denn die kluge Haushaltspolitik von Gemeinderat und Stadtverwaltung hat finanzielle Reserven geschaffen, von denen wir jetzt und in den Folgejahren zehren können.

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen muss das richtige Maß zwischen Zuversicht und Vorsicht gefunden werden, um Zukunftsthemen und finanzpolitische Vernunft in Einklang zu bringen.

Nach wie vor leben wir in Krisenzeiten. Die Flüchtlingskrise ab 2015 ist genauso wenig überwunden wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die politische Weltlage noch schwieriger geworden, mit massiven Auswirkungen auf Deutschland. Dies verdeutlicht die Grenzen der administrativen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, auch von Plochingen, denn die genannten Krisen mit all ihren Aspekten müssen am Ende immer von denselben Mitarbeiter*innen bewältigt werden, vom Tagesgeschäft ganz zu schweigen. Eine spürbare Verfahrensvereinfachung und eine deutliche Entbürokratisierung sind dringend geboten. Entgegen allen politischen Ankündigungen erleben wir im Verwaltungsalltag genau das Gegenteil: Bundes- und Landesbehörden machen immer engere Vorgaben, z.B. bei der Bauleitplanung, bei der Vergabe von Leistungen oder bei Förderprogrammen. Die Kommunen können ihre große Gestaltungskraft nur einbringen, wenn pragmatische Lösungen vor Ort möglich sind und nicht durch enge Rahmenbedingungen eingeschränkt werden.



Wir müssen in Deutschland beginnen, Probleme zu lösen und sie nicht mit Geld zuzuschütten. Die kommunalen Spitzenverbände haben dies mittlerweile deutlich in den politischen Raum adressiert. Nun müssen Taten folgen.

Die massiven Veränderungen seit dem Beschluss der Haushaltssatzung erfordern im Jahr 2023 erstmals einen Nachtragshaushalt. Ich werde mich bei meinen Ausführungen auf die Veränderungen bei den Investitionen konzentrieren. Hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Kenndaten verweise ich auf die Ausführungen von Frau Beigeordnete Fetzer bzw. den Vorbericht.

Kinderbetreuung

Die Stadt Plochingen hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, um das wichtige politische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewältigen. Die Kinderbetreuung ist mittlerweile unser größter Dienstleistungsbereich mit ca. 150 Mitarbeitenden und einem erwarteten Defizit für 2023 von rund 7,55 Mio. €.

Die am 22. Februar 2022 beschlossene Bedarfsplanung zeigt weiteren Handlungsbedarf auf. Die Schaffung zusätzlicher Betreuungsangebote durch die Anmietung von Räumlichkeiten in der Hermannstraße und die Erweiterung des Waldkindergartens sind auf dem Weg. Entsprechende Mittel sind im Nachtragshaushalt vorgesehen. Sofern das erforderliche Personal gefunden werden kann, sollen die Einrichtungen im Laufe des Jahres eröffnet werden.

Angesichts der weiter steigenden Kinderzahlen ist aus Sicht der Stadtverwaltung der Neubau einer weiteren 3- bis 4-gruppigen Kindertagesstätte erforderlich. Die Diskussion ist begonnen. Im Nachtragshaushalt sind Planungsmittel von 2 Mio. € vorgesehen. Im ersten Halbjahr 2023 soll die Standortfrage geklärt werden.



Schulen

Bildung ist ein entscheidendes Zukunftsthema. Plochingen als Schulstadt hat hier hervorragende Angebote, die uns für junge Familien als Lebensmittelpunkt attraktiv machen. In den letzten 10 Jahren wurde erheblich in diesen Bereich investiert.

Das beherrschende Thema der kommenden Jahre bleibt das Gymnasium. Die Bauteile B (Neubau) und F (Kupferbau) sollen im Frühjahr bezogen werden. Danach folgt der Bauteil A (Hauptbau), für den eine Bauzeit von ca. 2 Jahren veranschlagt ist.

Der Erweiterungsbau für die naturwissenschaftlichen Fächer ist mit dem Landeszuschuss und der finanziellen Beteiligung der Nachbarkommunen auskömmlich finanziert.

Sorge bereitet jedoch die Finanzierung der Generalsanierung. Die Sanierung des Bauteils B wird voraussichtlich im Kostenrahmen bleiben.

Angesichts der steigenden Baukosten haben die Planer in Abstimmung mit der Stadtverwaltung die jährlichen Kostensteigerungen für die weiteren Bauteile angepasst, mit prognostizierten Mehrkosten von ca. 10 Mio. €. Die ersten Ausschreibungen blieben im Wesentlichen im Rahmen der ursprünglichen angenommenen Baukostensteigerungen. Die aktuellen Ausschreibungen zeigen deutlich, dass die Erhöhung der Baukostensteigerungen richtig war. Ernst²-Architekten als Projektsteuerer weisen in einem aktuellen Schreiben darauf hin, dass die Kosten für den Bauteil A in Richtung der prognostizierten 25,35 Mio. € entwickeln. Beispielsweise beläuft sich beim Gewerk „Fensterbauarbeiten“ das wirtschaftlichste Angebot auf ca. 1,7 Mio. €, bei ursprünglich kalkulierten 1 Mio. € Budget. Eine Abschwächung der Baupreissteigerungen ist derzeit auf dem Markt nicht erkennbar.



Sehr kritisch sehe ich in diesem Kontext die Haltung der Kultusverwaltung. Ministerpräsident Kretschmann hat mit seiner Kritik an der Bildungspolitik völlig recht. Baden-Württemberg hatte früher bei bundesweiten Vergleichen immer Spitzenpositionen. Die Bildungsreformen der letzten 10 Jahre haben ein bewährtes System geschwächt, im Kultusministerium haben die Bildungsgewerkschaften das Sagen und die Kultusministerin hat nicht die Kraft für Veränderungen. Die Gesamtverantwortung trägt jedoch Ministerpräsident Kretschmann, der Missstände nicht beschreiben, sondern beseitigen sollte. Hier ist Führung erforderlich.

Die mangelnde finanzielle Unterstützung der Generalsanierung des Gymnasiums passt in dieses negative Bild. Für die Generalsanierung des „Kupferbaus“ und für die Sanierung von Fassaden und Dächern bekommen wir für anrechenbare Baukosten von rund 20 Mio. € einen Zuschuss aus dem kommunalen Sanierungsfonds von 7,7 Mio. €. Bei prognostizierten Baukosten von 45 Mio. € und den genannten anrechenbaren Baukosten von rund 20 Mio. € verbleiben für die Stadt Plochingen rund 25 Mio €, für die derzeit kein Landeszuschuss in Aussicht gestellt ist. Angesichts der großen Herausforderungen der kommenden Jahre ist ein höherer Landeszuschuss zwingend erforderlich. An diesem Thema werde ich dranbleiben.

Die derzeit prognostizierten Baukosten sind eine große Hypothek und nehmen der Stadt die finanziellen Handlungsspielräume für andere, wichtige Aufgaben. Hinsichtlich der Ausführung der Bauteile C, D und E muss der Gemeinderat im Rahmen der Investitionsplanung 2030 entscheiden. Ein Baustopp aus finanziellen Gründen wäre negativ.

Wichtig ist eine Mensa mit Aufenthaltsbereichen für das Untere Schulzentrum. Hier entwickeln wir derzeit eine pragmatische Interimslösung in der Stadthalle. Der Planungsauftrag ist erteilt. Insgesamt sind im Nachtragshaushalt 300.000 € eingeplant.



Auf der Agenda steht der Rechtsanspruch auf ein Ganztagesbetreuungsangebot im Primarbereich. Neben der Burgschule betrifft dies die Panorama- und Marquardtschule. Hier muss zuerst mit den Schulen eine Konzeption erstellt und dann der Planungsprozess initiiert werden. Hierfür sind Planungsmittel von 100.000 € eingeplant.

Für die Umsetzung der Medienentwicklungspläne wurden mittlerweile die beantragten Mittel in Höhe von rund 1 Mio. € bewilligt. Nun folgt die Umsetzung, um die Plochinger Schulen in die digitale Zukunft zu führen. Die Stadtverwaltung möchte noch im ersten Halbjahr 2023 entsprechende Beschlüsse auf den Weg bringen.

Völlig unverständlich ist mir jedoch das Verhalten des Landes, das für diese Zukunftsaufgabe 2023 nicht nur keine Mittel veranschlagt hat, sondern von den Kommunen auch noch die Ausstattung der Landesbeamten erwartet.

Klimaschutz und Verkehrswende

Der Erhalt unserer Schöpfung ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Klima- und Umweltschutz beschäftigen diesen Gemeinderat seit Jahrzehnten und in vielen Bereichen sind wir gut aufgestellt. Die im Dezember verabschiedete Mobilitäts- und Verkehrskonzeption „MOVE 2035“ ist nun die Grundlage für zahlreiche Maßnahmen, um die Mobilitätswende in Plochingen weiter voranzubringen.

Positiv sind die Taktverdichtungen auf der innerstädtischen Buslinie 141. Im Rahmen der Ausschreibung des Linienbündels 5 sind weitere Angebotsverbesserungen zu prüfen, insbesondere mit Blick auf das Filsgebiet. Eine Temporeduzierung auf der Schorndorfer Straße steht 2023 auf der Agenda, wie weitere Verbesserungen für Radfahrer und Fußgänger.



Ein erstes wichtiges Sanierungsprojekt ist der fußgänger- und fahrradfreundliche Ausbau der Bahnhofstraße. Wir wollen das Auto aus dem öffentlichen Raum zurückdrängen und die Verbindung Bahnhof – Innenstadt für Fußgänger bzw. die Verbindung Fahrradabstellplätze im „Radhaus“ – Innenstadt für Radfahrer deutlich attraktiver gestalten. Da angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen der Ausbau des Bahnhofplatzes derzeit nicht angegangen werden kann, müssen wir nun in die Sanierung des zentralen Busbahnhofs einsteigen. Beide Projekte werden derzeit in der Stadtverwaltung vorbereitet.

Nach Abschluss der Brückensanierungen wird sich die Stadtverwaltung ab diesem Haushaltsjahr wieder verstärkt der Sanierung von Straßen und Wegen widmen. Im Zuge der laufenden Kabelerneuerungsarbeiten durch die EnBW liegt derzeit ein Arbeitsschwerpunkt auf der Sanierung von Gehwegen und der Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Im Jahr 2023 möchte die Stadtverwaltung auch den Radweg nach Reichenbach sanieren. Nach Abschluss der Aufsiedlung des Mittleren Haldenwegs steht die Erneuerung von Wasser- und Gasleitungen im Mühlgärtenweg auf der Agenda, die mit einem grundlegenden Ausbau dieser Erschließungsstraße verbunden ist.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erneuerung von Wasserleitungen, um die Rückstände der vergangenen Jahre aufzuholen. Ziel der Stadtverwaltung ist es, die eigenen Erneuerungsprojekte mit den Baumaßnahmen der EnBW und der Sanierung von Straßen und Wege zu verknüpfen, um für alle Beteiligten wirtschaftliche Vorteile zu generieren.

Mit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers beim Gemeindeverwaltungsverband Plochingen-Altbach-Deizisau wird zusätzlich zum erfolgreichen Energiemanagement und dem Umweltbeauftragten die administrative Schlagkraft erhöht. Hiervon verspreche ich mir wertvolle Impulse. Angesichts der sehr komplexen Zuschusskriterien konnte der Zuschussantrag bislang noch nicht gestellt werden. Am 6. März 2023 ist eine erneute Beschlussfassung in der Verbandsversammlung erforderlich.



Städtebauliche Entwicklung und Wohnungsbau

Nachdem das Planungsteam zusammengestellt ist, hat der Planungsprozess für das Sanierungsgebiet „Filsgebiet-West“ deutlich Fahrt aufgenommen. Der Gemeinderat hat in seiner Klausurtagung am vergangenen Samstag intensiv über die grundsätzlichen Überlegungen beraten. Bei einem Scoping-Termin mit den Fachbehörden wurde ebenfalls Grundlegendes erörtert. Sobald diese Impulse von den Planern umgesetzt sind, können auch die Anlieger in den Planungsprozess eingebunden werden. Das Bebauungsplanverfahren soll zur Jahresmitte fortgesetzt werden.

Wohnraum ist weiterhin Mangelware. Deutschland bleibt beim Wohnungsbau hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Verschärft wird die Wohnungsnot noch durch die aktuelle Flüchtlingskrise. Die Stadtverwaltung mietet bislang erfolgreich privaten Wohnraum zur Unterbringung von ukrainischen und sonstigen Geflüchteten an. Allerdings entziehen wir damit dem allgemeinen Wohnungsmarkt Wohnungen, die anderen Wohnungssuchenden fehlen.

Mit dem Masterplan Wohnungsbau hat der Gemeinderat im November 2020 eine Konzeption verabschiedet, die nun sukzessive umgesetzt werden muss. Allerdings verzögern aufwändige Planungsverfahren und steigende Baukosten wichtige Vorhaben, auch in Plochingen. Die Diskussionen der letzten Jahre zeigen auch, welchen kommunalpolitischen Sprengsatz die innerstädtische Nachverdichtung hat. Bei aller Rücksicht auf die Interessen der Anlieger muss der Gemeinderat jedoch weiter den Mut zum Wohnungsbau haben und Anwalt der Wohnungssuchenden sein.

Die Stadtbau Plochingen geht mit dem Neubau von 20 Wohnungen in der Brühlstraße mit gutem Beispiel voran. Erfreulicherweise wird auch die Kreisbau Kirchheim-Plochingen ihr Projekt „Moltkebehälter“ mit 33 Wohneinheiten umsetzen.

Ich bin jedoch der Überzeugung, dass wir noch 2023 zusätzlichen Wohnraum für Geflüchtete brauchen. Hierzu sind im Nachtragshaushalt 4 Mio. € Ausgaben und 1 Mio. € Zuschüsse eingeplant. Die Standortsuche hat begonnen. In Abstimmung mit dem Gemeinderat werden wir zwei potentielle Standorte näher untersuchen.



Die Zuwanderung von Geflüchteten bedarf auch einer weiteren Kraftanstrengung bei der Integration. Ziel muss es sein, diese Personen möglichst schnell fit für den deutschen Arbeitsmarkt zu machen. Neben der guten Arbeit des Lokalen Bündnisses für Geflüchtete und der guten Zusammenarbeit mit der Volkshochschule beim Spracherwerb sind jedoch professionelle Strukturen unverzichtbar.

Weitere Infrastrukturprojekte

Ein wichtiges Infrastrukturprojekt ist der weitere Ausbau der Breitbandversorgung in Plochingen. Die Telekom wird 2023 nach der Innenstadt weitere Stadtgebiete aufrüsten und somit das Angebot spürbar verbessern. In Kooperation mit dem Zweckverband Breitbandausbau wird Glasfaser in den Gewerbegebieten und im Neckarhafen verlegt. Das Ausschreibungsverfahren für die sogenannten „weißen Flecken“ ist auf dem Weg.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass der Ausfall der Schafhausäckerhalle erhebliche Auswirkungen auf den Schul- und Vereinssport hat. Für 2023 stehen ausreichend Planungsmittel für die zwingend erforderliche Generalsanierung zur Verfügung. Das Projekt selbst muss dann in den Folgejahren finanziert werden.

Gemeinsam haben die CDU-Wahlgemeinschaft, die SPD-Fraktion und die OGL-Fraktion einen Bürgerentscheid über den Neubau und die Finanzierung eines Hallenbades in Plochingen eingebracht. Über diesen Antrag wird der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen entscheiden. Da die in § 21 Abs. 1 erforderliche 2/3-Mehrheit für einen Bürgerentscheid gesichert ist, hat die Stadtverwaltung mittlerweile ein Angebot für eine Machbarkeitsstudie eingeholt, um die aufgeworfenen bautechnischen und organisatorischen Fragen zu beantworten. Nach Einschätzung der Stadtverwaltung wird die Durchführung des Bürgerentscheids rund 40.000 € kosten. Entsprechende Mittel sind im Änderungsverzeichnis zu diesem Nachtragshaushalt aufzunehmen.



Fazit

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren durch eine konsequente Schwerpunktsetzung und mutige Beschlüsse Vieles erreicht. Dies muss aus Sicht der Stadtverwaltung fortgesetzt werden. Auf die Investitionsschwerpunkte Gymnasium, Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof und Sanierungsgebiet Filsgebiet muss das Hauptaugenmerk gerichtet werden.

Die Stadtverwaltung sagt zu, durch die Finanzzwischenberichte den Gemeinderat weiterhin an der kommunalpolitischen Steuerung einzubinden. Angesichts der aufgezeigten Risiken muss der Haushalt weiterhin auf Sicht gefahren werden, um ggf. auf Verschlechterungen rasch reagieren zu können.

